

i Fijáte !

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 439 15. Juli 2009

15. Jahrgang

Auf dem Weg zu einem *failed state*?

"Wie sicher ist es, das Haus zu verlassen?" Diese alltägliche Frage vieler GuatemalteKInnen ist ein Symptom dafür, dass die Dinge im Land seit langem nicht mehr im Lot sind. Bedeutet dies, dass Guatemala ein "failed state", ein gescheiterter Staat ist? Diese Frage löst unter Fachleuten eine kontroverse Debatte aus. Einig ist man sich einzig darin, dass die Situation in Guatemala die Angst vor und den Umgang mit den komplexen weltweiten Entwicklungen widerspiegelt. Der folgende Artikel von Matthew Brooke wurde am 19. Juni in der Nr. 1804 von *Infopress Centroamericana* veröffentlicht.

Im Winter 2008/09 veröffentlichte der Journalist Michael Deibert einen Artikel mit dem Titel "Drogen versus Demokratie in Guatemala". Die Reportage, eine ausführliche Beschreibung der jüngsten Geschehnisse, bringt die politische Elite mit dem Drogenhandel in Verbindung und erwähnt unter anderem das Beispiel des bei einem Helikopterabsturz im Juni 2008 ums Leben gekommenen ehemaligen Innenministers Vinicio Gómez. Sie bringt seinen Tod in Verbindung mit dem damaligen Verantwortlichen des *Sekretariats für administrative Belange und die Sicherheit des Präsidenten* (SAAS), Carlos Quintanilla, der wiederum dem ehemaligen Chef des *Präsidialen Generalstabs* (EMP), Francisco Ortega Menaldo, nahegestanden haben soll, welcher bekannt ist für seine kriminellen Machenschaften.

Deibert schreibt sinngemäss: "Laut anonymisierten Aussagen eines hohen Funktionärs der Regierung von Álvaro Colom kam es vor dem Unglück zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Quintanilla und Gómez. ZeugInnen dieser Dispute sagten, dass Quintanilla nicht einverstanden gewesen sei mit Gómez' Vorhaben, Militärtruppen an die guatemaltekisch-mexikanische Grenze zu entsenden, um gegen den dort mutmasslich agierenden Drogenkartellboss Juan Alberto "Chamale" Ortiz López vorzugehen. Dieser war einer der ersten, der für seine Geschäfte in Guatemala Angehörige der mexikanischen "Zetas" (Söldner des Kartells "del Golfo") anheuerte. Mit dem Tod von Gómez - den niemand in Guatemala als einen Unfall bezeichnet - wurde die bereits geschwächte Administration quasi gänzlich lahmgelegt."

Es ist schwierig, den Wahrheitsgehalt dieser Aussage nachzuweisen, und es gibt auch einige Gründe dafür, ihn anzuzweifeln. Dass es Konflikte innerhalb der Regierung gibt, ist bekannt, und es ist durchaus möglich, dass jemand Quintanilla in Verruf bringen will. Ausschlaggebend an dieser Geschichte ist vielleicht nicht so sehr, ob sie stimmt oder nicht, sondern dass sie für viele BürgerInnen durchaus realistisch scheint. Sie ist nur ein Beweis mehr für die Infiltrierung des Staates und der Regierung durch das Organisierte Verbrechen. Dafür gibt es im Verlauf der letzten Jahre genügend Beispiele, angefangen bei der Ermordung der drei salvadorianischen PAR-

LACEN-Abgeordneten und ihrem Fahrer, über die Ermordung der in dieser Angelegenheit festgenommenen guatemaltekischen Polizisten bis hin zum "Fall Rosenberg", welcher den Präsidenten für seine Ermordung verantwortlich machte. Bei all diesen Fällen kann vermutet werden, dass das Organisierte Verbrechen auf höchster Ebene in die politischen Sphären Einfluss genommen hat.

Die mögliche Ermordung von Gómez bestätigt aber auch eine These, der immer mehr guatemaltekische Analysten anhängen: Guatemala ist auf dem Weg dazu, ein *failed state* zu werden, bzw. es ist bereits einer. Der ehemalige Aussenminister und Politologe Edgar Gutiérrez bestätigte kürzlich gegenüber der costaricanischen Zeitung *La Nación*, dass mehr als 80% der Bevölkerung Guatemala als einen gescheiterten Staat bezeichnen.

Weitergedacht - und wenn sich die Hypothese von Deibert bewahrheiten sollte - wäre dies ein weiteres "Erbstück" des militärischen Geheimdienstes, der gemäss der *Kommission für die historische Aufklärung* (CEH) während des bewaffneten Konflikts die "absolute Herrschaft" über das Land ausübte. "Das System der Geheimdienste war der Dreh- und Angelpunkt einer Staatspolitik. Es wurde während des bewaffneten Konflikts dazu genutzt, die Bevölkerung, die Gesellschaft, den Staat und das Militär zu kontrollieren", schlussfolgert die CEH.

Die CEH zeigt auch auf, dass die Apparate des militärischen Geheimdienstes den Rechtsstaat auch in den ersten Jahren der Demokratisierungsphase beherrschten. So werden ihnen während der 90er Jahre diverse politische Morde zugeschrieben, obwohl man den obersten Rängen nie endgültig eine Verantwortung oder Schuld nachweisen konnte. In seinem Buch *Die versteckte Macht* beweist Jaime Robles Motoya jedoch eindrücklich die Verantwortung des *Präsidialen Generalstabs* (EMP) unter dem damaligen Leiter Ortega Menaldo im Jahr 1993 bei der Ermordung des Politikers Jorge Carpio Nicolle sowie ein Jahr später bei der Ermordung des damaligen Präsidenten des Verfassungsgerichts.

Der einzige Fall, in dem die Beteiligung eines hohen Offiziers des EMP nachgewiesen werden konnte, ist jener von Bischof Gerardi. In dieser Sache wurde der Hauptmann Byron Miguel Lima Oliva verurteilt, seine Vorgesetzten, z. B. Ex-General Otto Pérez Molina, konnten jedoch nicht belangt werden.

Wie Edgar Gutiérrez bestätigt, geht heute der Bruch in den staatlichen Institutionen auch quer durch die Geheimdienste. Nach der Auflösung des EMP wurden die Bereiche Staatlicher Geheimdienst und Sicherheit des Präsidenten auf zwei Entitäten aufgeteilt, das *Sekretariat für strategische Analysen* (SAE) ist zuständig für den ersten Bereich, das *Sekretariat für administrative Belange und die Sicherheit des Präsidenten* (SAAS) für den zweiten.

In seiner Kolumne in der Tageszeitung *el Periódico* beschrieb Gutiérrez am 8. Juni, wie die Fälle Gerardi und Rosenberg Ausdruck der jeweiligen Konjunktur sind: "Der grosse Unterschied ist, dass im Fall Gerardi ein zentraler Apparat des Geheimdienstes am Werk war, der aus dem Innern des Staates heraus operierte und zahlreiche Verbindungen nach aussen zu nicht-staatlichen Akteuren und mächtigen Netzwerken hatte (...). Dadurch wurde der Staat feudalisiert. Es gibt heute keine staatliche Autorität, die in der Lage wäre, die Sicherheitshierarchien wiederherzustellen oder die Fragmentierung der Macht aufzuhalten."

Ein neues Konzept

Diese Allmacht des militärischen Geheimdienstes ist das Ergebnis historischer Konstellationen: Die Vereinigten Staaten Amerikas verbreiteten die Ideologie der *Doktrin der nationalen Sicherheit* in ganz Lateinamerika und finanzierten teilweise den Aufbau militärischer Geheimdienste. Ausserdem gaben sie Informationen an Leute wie Ortega Menaldo weiter, was diesem half, seine Schmuggelnetzwerke aufzubauen. Auch die wirtschaftliche Macht arbeitete direkt mit dem Geheimdienst zusammen. So erarbeiteten gemäss dem Bericht des *Projektes für die Wiedererlangung des historischen Gedächtnisses* (REMHI) die im CACIF zusammengeschlossenen UnternehmerInnen zusammen mit dem militärischen Geheimdienst G2 den antikommunistischen und repressiven sogenannten "Plan der tausend Tage".

Aber auch der Diskurs des *failed state* und die Realität, die er beschreibt, sind nicht zu trennen von der aktuellen Konjunktur. Edelberto Torres-Rivas

schrieb bereits 2007, dass die "Revision (der Staatskräfte) vorgenommen wurde aufgrund der Angst der USA, dass ein bankrotter Staat Nährboden sein könnte für Terroristen, Drogenhändler oder Feinde der geltenden Wirtschaftsordnung. So wurde von offizieller Seite das Bild verbreitet, ein gescheiterter Staat sei einer, der innerlich verfault, in den institutionellen Bankrott fällt, aufhört, die Nation zu repräsentieren und seiner Pflicht, die Grundfunktionen zu erfüllen, nicht mehr nachkommt. In den letzten Jahren wurde ausführliche Literatur zu diesem Thema produziert.

Edgar Gutiérrez erklärt gegenüber *Infopress*, dass man von einem gescheiterten Staat sprechen könne, wenn a) dieser strategische Gebiete nicht mehr unter Kontrolle habe, b) seine Autorität nicht mehr respektiert werde und sich die Bevölkerung selber regiere und c) sein Apparat kollabiere: Es gibt zwar eine Führungselite, aber niemanden, der deren Anordnungen ausführt.

Nicht alle sind mit dieser Definition einverstanden. Edelberto Torres-Rivas spricht dann von einem *failed state*, wenn dieser keinen funktionierenden Flughafen, keine Polizei, keine Banken, keinen Handel oder Export mehr habe. In Guatemala funktioniere all dies zwar schlecht, aber es funktioniere, erklärt Torres-Rivas.

Unabhängig von der Frage der Brauchbarkeit des Konzepts des *failed state* zweifelt niemand daran, dass sich das Organisierte Verbrechen in Guatemala ausbreitet. Einige Analysten sind gar der Ansicht, dass dieses und andere illegale oder terroristische Gruppen weltweit an Boden und Einfluss gewinnen. "Verbotene oder gewalttätige Organisationen übernehmen immer mehr die Kontrolle über Land, Märkte und Bevölkerungen", schreibt Terje Rod-Larsenen, Präsident des *International Peace Institute* und ehemaliger Repräsentant der *Vereinten Nationen* für den Nahen Osten, in einer Publikation im Jahr 2007.

Ein Grossteil der Literatur über das Konzept des *failed state* stellt einen Zusammenhang her zwischen der Verbreitung des Organisierten Verbrechens und den Auswirkungen des *Konsenses von Washington*: Zunehmende Ungleichheit, zunehmende internationale Integration im Technologie- und Transportbereich, Deregulierung des Finanzsystems und generelle Schwächung des Staates. Ivan Briscoe von der *Stiftung für Internationale Beziehungen und zwischenstaatlichen Dialog* in Madrid kommt zu dem

Schluss, dass sich diese Elemente mit dem "Erbgut" des guatemaltekischen militärischen Geheimdienstes vermischen und so das Land in ein Paradies für das Organisierte Verbrechen verwandeln.

Die Schwächen des Staates sind aber nur zu einem Teil den ehemaligen Militärs anzulasten. Das unveröffentlichte Buch *Was die Reichen den Armen nicht erzählen*, eine Art ethnologische Studie über die guatemaltekischen Eliten des englischen Akademikers Roman Krznaric, dokumentiert, dass der geschwächte Staat auch die Konsequenz einer Vernachlässigung der Justiz durch die reichen Schichten ist. Krznaric beschreibt, wie die Elite im Jahr 2000 auf die Entführung eines Mitglieds der einflussreichen Familie Botrán, Isabel Botrán de Molina, reagierte: ANACAFE publizierte ganzseitige Inserate, in denen gegen die "schwerbewaffneten Delinquenten" protestiert und die Regierung darum gebeten wurde, "Gesetz und Ordnung wieder herzustellen". In diesem Zusammenhang wurde der Ruf nach der Todesstrafe laut.

Krznaric beschreibt zwei Phänomene, die auch in den Wochen nach der Ermordung von Rosenberg zu beobachten waren. Erstens, dass die Oligarchie nur dann protestiert, wenn "einer von ihnen" betroffen ist. Und zweitens, dass dieser Aufruf nach Intervention des Rechtsstaates nicht zu einer grösseren Bereitschaft führt, mehr Steuern zu bezahlen, um damit z. B. das Justizwesen zu modernisieren oder die strukturellen Ursachen der Delinquenz zu beseitigen.

"Fast alle meiner InterviewpartnerInnen drückten ein totales Misstrauen gegenüber der Fähigkeit der Polizei aus, den Verbrechen im Allgemeinen und den Entführungen im Speziellen zu begegnen. Sie glauben, dass nicht bloss die Polizei, sondern auch RichterInnen und Kongressabgeordneten korrupt sind", schreibt Krznaric. Aber statt das politische System zu stärken, wählen die Eliten die private Sicherheit: Die Anzahl der privaten SicherheitsagentInnen ist in den letzten Jahren von 35'000 auf 90'000 angestiegen.

Der fehlende Wille der Eliten, eine Steuerreform zu unterstützen, ist notorisch. Torres-Rivas erklärt, dass dies aber nur der Ausdruck eines tiefer liegenden Problems sei. Die herrschende Klasse habe keine Führungspersönlichkeiten. Deshalb sei es ihr auch nie gelungen, gemeinsame Visionen über die Zukunft des Landes zu artikulieren oder starke Parteien zu gründen. Gemäss Torres-Ri-

vas hat dies explizit auch jegliche Konsolidierung des Staates unterminiert.

In einer Demokratie mit mindestens zwei oder drei konkurrierenden Parteien müsste die Elite Massnahmen zugunsten der Bevölkerung ergreifen, um sich längerfristig deren WählerInnengunst zu sichern. In Guatemala hingegen formieren sich die Parteien im Hinblick auf eine Wahl, aber einmal an der Macht, gelingt es ihnen bis heute nicht, sich dort länger als eine Amtsperiode zu halten. Dies führt zu einer unsäglichen Machtgier. Wer einmal die Wahlen gewinnt weiss, dass er sie nicht noch einmal gewinnen wird und räumt deshalb während seiner Regierungszeit die Staatskassen leer.

Den Staat aufzwingen?

Iván Briscoe betont, dass die Aufmerksamkeit, die das Konzept des *failed state* weckt, zu einer neuen Sorge bezüglich der "Regierbarkeit" Guatemalas seitens der USA und Europas geführt hat. In diesem Zusammenhang muss auch die Präsenz der *Internationalen Kommission gegen Straffreiheit in Guatemala* (CICIG) gesehen werden, die nicht nur für die Zukunft des Landes wichtig ist, sondern auch ein Prüfstein für die Fähigkeit der internationalen Gemeinschaft darstellt, ihre "Agenda der Regierbarkeit" durchzusetzen.

Noch ist nicht klar, ob der Ansatz der internationalen Staatengemeinschaft im Umgang mit gescheiterten Staaten

erfolgreich ist, hat er doch Ähnlichkeiten mit den Erwartungen, die in die "Demokratisierungsprozesse" nach dem Kalten Krieg gesteckt wurden. 1993 beschrieb der argentinische Politologe Guillermo O'Donnell in seinem Essay *On the State, Democratization, and some conceptual problems*, dass Staaten auf unterschiedliche und komplexe Weisen mit ihren jeweiligen Gesellschaften verbunden seien. Dies bedeute, dass die Eigenarten eines jeden Staates und einer jeden Gesellschaft den Demokratisierungsprozess (sollte sich die Demokratie überhaupt konsolidieren) stark beeinflussten. Wenn dies nicht berücksichtigt würde, sei es eine Frage der Zeit, bis die vermeintliche Demokratie wieder aufbreche.

Dies bedeutet also, dass die Entwicklung eines Staates in grossem Masse von der Entwicklung seiner Gesellschaft abhängt. O'Donnell hat Bedenken bezüglich Gesellschaften, die von Ungleichheit geprägt sind und von zentralistischen Mächten, die historisch schwach sind und keine Reichweite haben, wie dies in Lateinamerika weit ver-

breitet ist: "In vielen aufsteigenden Demokratien funktioniert die staatliche Autorität und die Anwendung der Gesetze nur in den Städten, in ländlichen Gegenden sind sie inexistent. Aber auch die Städte sind geprägt von illegalen Interventionen der Polizei in armen Vierteln, von der Anwendung von Folter und aussergerichtlichen Hinrichtungen von verdächtigen Personen und vermeintlichen Kriminellen. Dazu gehören auch die Verweigerung der Rechte der Frauen oder von Minderheiten, die Straflosigkeit und der Drogenhandel, die grosse Anzahl an Strassenkindern (...). All dies ist Ausdruck des Zerfalls des städtischen Lebens und der Unfähigkeit des Staates, seine eigenen Normen und Gesetze durchzusetzen. Viele öffentliche Räume verschwinden, einerseits weil sie von Randständigen besetzt werden, aber auch, weil sich niemand mehr traut, sie zu nutzen. Angst, Unsicherheit, Isolierung in abgesicherte Quartiere und die schrecklichen Erfahrungen bei der Nutzung des öffentlichen Transports reduzieren die öffentlichen Räume und enden in einer perversen Form der Privatisierung (...)."

Das Volk beurteilt Colom in Zahlen

Guatemala, 14. Juli. Achtzehn Monate nachdem Álvaro Colom die Präsidentschaft übernommen hat, ist die Bevölkerung der Ansicht, dass es keinen grossen Fortschritt gibt, dass das Land einen schlechten Weg beschreitet und dass es bislang nicht gelungen sei, die Unsicherheit einzudämmen. Auf Anfrage der Tageszeitung *Prensa Libre* hat das Meinungsforschungsinstitut *Vox Latina* eine Umfrage durchgeführt, der zufolge 46,2% der 1'200 Personen, die im ganzen Land befragt wurden, die geleistete Arbeit der Regierung gutheisst, 53,8% diese missbilligt.

Vox Latina macht dabei wesentliche Differenzen aus hinsichtlich der Region und der Einkommensklasse der Befragten. So lehnen 59% der städtischen Bevölkerung Coloms Amtsführung ab, auf dem Land wird diese von 52,6% der Bevölkerung geschätzt.

78,3% der Personen, die ein monatliches Einkommen über 4'000 Quetzales (ca. 520 US-\$) haben, bewerten die aktuelle Regierung schlecht, dagegen geneisst diese mit 50,8% ein positives Urteil unter BürgerInnen mit einem Einkommen unter 2'000 Quetzales.

Nur wenige Leute behaupten, dass

sie glauben, was Colom sagt, wenn er im Radio oder Fernsehen auftritt. 61,9% glauben seinen Aussagen definitiv nicht. Auch hier dominiert die negative Wahrnehmung in der städtischen Bevölkerung und unter denjenigen mit mehr als 4'000 Quetzales Einkommen.

Sollen die Befragte Colom als guten oder schlechten Präsidenten bewerten, entschied sich die Mehrheit - 62,1% - für das Mittelmass. 19,8% halten Colom für einen guten Staatschef, 12% bewerten ihn als schlecht.

Hinsichtlich der Richtung, die das Land eingeschlagen hat, sind 77,2% der Bevölkerung der Meinung, dass der gewählte Weg ein schlechter ist. Die BürgerInnen in den Städten und zudem in der zentralen und südlichen Region des Landes zeigen sich besonders besorgt, ebenso diejenigen, die mindestens ihre Mittlere Reife abgeschlossen haben.

Allein im Vergleich zu den Umfragen, die hinsichtlich Coloms Amtsführung nach sechs und nach zwölf Monaten durchgeführt wurden, geht der Präsident begünstigt hervor und hat im Vergleich zu beiden Resultaten an Gunst gewonnen, zur ersten Umfrage gar um rund 16 Prozentpunkte.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.
 Bankverbindung:
 Postbank Karlsruhe
 BLZ: 660 100 75
 Kto. -Nr.: 32 95 01-751
 Redaktion:
 Barbara Müller
 Christiane Treeck
 c-tree@gmx.net
 Aboverwaltung:
 Ewald Seiler
 Rahel-Varnhagen-Str. 15
 79100 Freiburg
 fijate@web.de
 E-Mail-Abo: 50.- •
 Erscheinungsweise 14-täglich.
 Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.
 www.guatemala.de/Fijate

Politik fürs Land

Guatemala, 14. Juli. Laut Kommuniké der *Nationalen Indígena- und BäuerInnenkoordination CONIC* vertrieben am 8. Juli 700 Elemente der *Nationalen Zivilpolizei* und des Militärs unter Zurhilfenahme eines Panzers 30 Maya-Q'eq'chi-Familien der Gemeinde Renacimiento und 65 Familien der gleichen Volkszugehörigkeit der Gemeinde Las Flores, beide im Verwaltungsbezirk Chahal, Alta Verapaz von den Ländereien, auf denen die Familien sich niedergelassen hatten. Die Umstände ihrer Ansiedlung wurden dagegen nicht bekannt. Im Moment der Räumung setzten die Sicherheitskräfte die bescheidenen Unterkünfte der Familien in Brand, das Feuer zerstörte zudem Kleidung, Arbeitswerkzeug, Küchenutensilien, Mais und Bohnen. CONIC forderte die Staatsanwaltschaft auf, diese ihrer Ansicht nach illegalen und aussergerichtlichen Räumungen aufzuklären und beantragte zudem die Intervention des *Sekretariats für Agrarangelegenheiten* zur Lösung der virulenten Landkonflikte, sie Wiederansiedlung der Vertriebenen und Entschädigungszahlungen für die verursachten Schäden.

Wenige Tage darauf - nach acht Jahren des Dialogs - unterzeichnete Präsident Colom dieser Tage das Dokument der *Nationalpolitik für die Intergrale Ländliche Entwicklung* PNDRI. Von ihrer Implementierung wird erwartet, dass 53,9% der Bevölkerung, die auf dem Land wohnt, begünstigt wird. Ihr hehres Anliegen sind die Lösung der Landkonfliktivität, der Dispute um Arbeits- und Umweltkriterien sowie die Überwindung der Armut, Ungleichheit und Marginalisierung, in denen die Gemeinden im Landesinneren leben.

Doch weder steht dieses Politikvorhaben in direkter Verbindung mit diversen Vorschlägen für eine Gesetzesinitiative als legale Grundlage für die Ländliche Entwicklung, noch sind stehen ihm bislang finanzielle Mittel zur Verfügung. Eine solche Zuweisung wird für 2011 erwartet. Doch selbst Colom ist vorsichtig: "Das ist ein Produkt gemeinsamer Anstrengungen, aber wir stehen vor einer komplizierten Herausforderung: die Zuteilung von Mitteln, damit die Ländliche Politik erfüllt werde. Deswegen appellieren wir an den Kongress, dass er das Gesetz zur Ländlichen Entwicklung verabschiede. Doch trotz aller guten Vorsätze und Politikansätze wird wohl noch einige Zeit ins Land gehen, bis ein Konsens gefunden wird hinsichtlich der Gesetzesvorschläge, die ebenfalls seit Jahren von einer Plenarsaison in die nächste geschoben und gezogen wird.

Gegen den Minenabbau: Auf die Strasse!

Guatemala, 14. Juli. Tausende von Indígenas aus San Juan Sacatepéquez starteten am Montag einen Marsch in Richtung Hauptstadt, um dort am Dienstag nach einer Demonstration eine persönliche Audienz beim Präsidenten Colom sowie Kongresspräsident Roberto Alejos einzufordern. Anlass ihres Protestes ist ihre unbedingte Ablehnung des Zementbergwerks, das das Unternehmen *Progreso* seit spätestens Anfang 2008 in San Juan zu installieren sucht. Der Konflikt hat nicht nur zu Differenzen innerhalb der Gemeinden geführt, von denen sich die zwölf direkt von dem Bergbau betroffenen Weiler seit Beginn zusammengeschlossen haben, sondern darüber hinaus zu bislang nicht fundierten Festnahmen von vier Personen, sowie dem Tod eines Mannes aus San Juan, der versuchte, zwischen den durch das Unternehmen provozierten Parteien zu vermitteln. Der ¡Fijáte! berichtete.

Neben der Forderung, dass das Zementwerk sich aus San Juan zurückziehen soll, richtet sich der Protest der Indígenas und BäuerInnen auch allgemein gegen den Abbau von Naturressourcen in Bergwerken und den Bau von Wasserkraftwerken im ganzen Land. Wesentliche Argumente in allen Fällen sind die Schäden, die die Megaprojekte an der Umwelt und der Gesundheit der Bevölkerung hinterlassen, sowie die Tatsache, dass bislang die Meinung und somit strikte Ablehnung der bisherigen Konzessionsvergabepraxis durch die Bevölkerung nicht einbezogen wird, obwohl unter anderem die von Guatemala ratifizierte Konvention 169 der *Internationalen Arbeitsorganisation* (ILO) diese voraussetzt.

Im konkreten Fall von San Juan wie-

sen die DemonstrantInnen in einem Kommuniké zudem daraufhin, dass der von der Regierung propagierte Dialog zwischen Gemeinden und FunktionärInnen überhaupt nicht stattfindet und vielmehr mindestens einmal versucht wurde, diesen Raum zu missbrauchen, indem eine mutmassliche Verhandlung eindeutig die Begünstigung des Minenunternehmens beabsichtigte.

Unterstützung finden die San Juanecas/os nicht nur in einer Delegation aus 3'000 BewohnerInnen aus San Mateo Ixtatán, Huehuetenango, die in die Hauptstadt gekommen ist, um dem Vorstand des Kongresses die Ergebnisse der im Mai durchgeführten Volksbefragung hinsichtlich des Plans des Minen-Tagebaus zu überreichen, das die einstimmige Ablehnung desselben belegt.

Darüber hinaus blockierten Indigene und BäuerInnenorganisationen am Dienstag wesentliche Überlandstrassen und -kreuzungen im Landesinneren. Sollte die Regierung nicht auf die Forderungen antworten, besteht der Plan, die Strassenblockaden bis zum Donnerstag fortzusetzen.

Derweil gab Präsident Colom in einer Pressekonferenz am Dienstag bekannt, seine Regierung würde keine Abbaulizenzen billigen, die die von den Folgen der Aktivitäten betroffenen Gemeinden nicht einbeziehen. Jetzt müssen seinen Worten nur noch Taten folgen. Eine Gelegenheit dafür findet sich in der aktuellen - ebenfalls langjährigen Diskussion um die Reform des Minengesetzes, das laut Kritik von UmweltaktivistInnen eindeutig die Minenunternehmen begünstigt, währenddessen die Artikel hinsichtlich der Massnahmen zugunsten Sozialer und Umweltaspekte blosser Dekoration seien.

Hausangestellte werden sozialversichert

Guatemala, 13. Juli. Gestern gab Präsident Colom das *Programm zum Schutz der Angestellten in Privathaushalten* bekannt, das gerichtet ist an alleinerziehende Mütter und Frauen mit geringem Einkommen, die in vielen Fällen mehr als 14 Stunden täglich fern von ihren eigenen Familien oder Wohnstätten arbeiten. Das Programm besteht in einer Vereinbarung zwischen Exekutive und dem *Guatemalteckischen Sozialversicherungsinstitut* (IGSS), das die als Hausangestellten Frauen ab August in ihr Versorgungssystem aufnehmen wird. In Guatemala arbeiten mehr als 600'000 Frauen unter unkontrollierten Bedingungen in Privathaushalten und geniessen bislang keinerlei Schutz. Begünstigt

werden die Frauen, die sich und ihre Kinder, die unter 5 Jahre alt sind, im IGSS einschreiben. Damit kann die Hausangestellte Anspruch stellen auf Mutterschutz, Unterstützung bei Unfällen und Notfällen, Wachstumskontrollen und Impfungen für die Kinder. Die monatliche Rate von 100 Quetzales wird mit 40 Quetzales von der Regierung, 40 vom Arbeitgeber und 20 Quetzales von der Arbeiterin abgedeckt.

Die Hausangestellten in Guatemala gehören, wie in vielen Ländern, zu der Gruppe von Arbeitenden, denen die wenigsten Rechte zugestanden werden. Seit einiger Zeit haben sie sich organisiert und fordern ihre Rechte - mit sichtlichem Erfolg - nun ein.

Innenministerhaltbarkeit: 6 Monate?

Guatemala, 11. Julio. Zunächst wurde die Information noch dementiert, doch dann bestätigte Salvador Gándara persönlich die Gerüchte: Er lege sein Amt als Innenminister zur Mitte des Monats nieder. Er selbst behauptet, er habe gekündigt und zwar im Rahmen der regelmässigen Evaluationen, denen der Präsident sein Kabinett unterziehe. Gleichwohl ist die scharfe und vielfältige Kritik bekannt, die dritten Minister dieses Ressorts seit Amtsantritt Coloms Anfang 2008 von Beginn an begleitet hat.

Der erste in diesem Amt war Vinicio Gómez, der in einem Hubschrauberabsturz zusammen mit seinem Vizeminister im Juni 2008 ums Leben kam (siehe auch Hintergrundartikel). Francisco Jiménez übernahm das Amt, wurde jedoch nach einem halben Jahr versetzt und sitzt seitdem dem Nationalen Sicherheitsrat vor. Nach drei Perioden als Bürgermeister von Villa Nueva, für seine Gewalttaten bekannter Vorort der Hauptstadt, und einiger Zeit im Präsidentialen Exekutivsekretariat übernahm schliesslich Sálvador Gándara die Führung im Innenministerium, die er kaum sechs Monate später wieder abgibt. (siehe ¡Fijáte! 426)

Ihm werden nicht nur fehlende Resultate im Kampf gegen das Verbrechen und die herrschende Gewalt im Land vorgeworfen, in dessen Rahmen derzeit von 16 gewalttätigen Morden am Tag bzw. durchschnittlich 489 im Monat (im

Vergleich waren es 2008 357) die Rede ist, sondern zudem von einem autoritären Stil, der die Beteiligung der Zivilgesellschaft in der Erarbeitung von Sicherheitsplänen unterband.

Gándara machte vor allem durch polemische Aktionen von sich reden. Darunter findet sich seine Behauptung, dass das Jugendbandenmitglied alias "El Smiley" verantwortlich sei für eine Reihe von Übergriffen und Morden an Busfahrern und der Verursachung einer Destabilisierung der Regierung - ein Begriff, der seit Coloms Amtsantritt immer wieder fällt und kurz darauf widerrufen wird. In den sechs Monaten seiner Führung billigte Gándara die Übertragung von 275 Mio. Quetzales (ca. 35 Mio. US-\$) an den *Rat für Soziale Kohäsion*, dem die Präsidentengattin Sandra Torres vorsteht - mit der Erklärung, das Innenministerium brauche diese Gelder nicht.

Eine heftige Kritik musste Salvador Gándara einstecken für seine Entscheidung, die von einigen Seiten mit Wohlwollen gesehene Direktorin der *Nationalen Zivilpolizei* (PNC), Marlene Blanco Lapola und ihren Stellvertreter, Rember Larios, ihrer Ämter zu entheben.

Zuletzt musste sich Gándara einer mehrwöchigen Interpellation vor dem Kongress stellen und unter anderem die Unterzeichnung von Verträgen über 118 Mio. Quetzales erläutern, mittels denen Nicht-Regierungsorganisationen die

Aufgabe der Renovierung, Wiederansiedlung und der Ausstattung von einigen Kommissariaten der PNC übertragen wurde.

Während Álvaro Colom nichts weiter übrigbleibt als einzugestehen, dass in Sachen Sicherheit noch einiges im Argen liegt, kritisieren die organisierte Zivilgesellschaft sowie Institutionen wie das Menschenrechtsprokurat (PDH) die schwache Institutionalität der Regierung und bewerten die Aktionen im Bereich öffentlicher Sicherheit als Improvisationen.

Nichtsdestotrotz war wieder einmal überraschend schnell jemand gefunden, der das Amt des Innenministers nun übernimmt. Von Raúl Vásquez ist bislang allein bekannt, dass er drei Monate lang als Vizeminister für Kommunale Unterstützung tätig war, ein Amt, auf das Marlene Lapola kürzlich versetzt worden ist, und als nationale Koordinator des Regierungsprogramms für Sicherheit, Rechtsstaat und Frieden fungierte, das er mit ausgearbeitet hat. "Ich glaube, die guatemalteckische Bevölkerung wartet auf eine solide Antwort auf die Probleme der Unsicherheit, die wir haben. Somit ist eines der Ziele, diese Problematik anzugehen. Wir hoffen, die Verbrechenstraten zu vermindern und dass die Bevölkerung das Vertrauen in ihre Autoritäten zurückgewinnt", verkündete Vásquez bei seinem Amtsantritt.

Aufruf an alle BürgerInnen!?

Guatemala, 03. Juli. Mehr als 35 Organisationen der Zivilgesellschaft haben sich zu einer Front zusammengeschlossen, um die Stärkung des Justizsystems und den Kampf gegen die Straffreiheit voranzutreiben. Darin eingeschlossen gehört die Unterstützung der Aktionen, die die *Internationale Kommission gegen die Straflosigkeit in Guatemala* (CICIG) unternimmt. Zu den Mitgliedern der Front gehören Menschenrechtsorganisationen, akademische Institutionen, UnternehmerInnen, Gewerkschaften und religiöse Gruppierungen. Sie nennen sich *Convocatoria Ciudadana* ("BürgerInnen-Aufruf")

Als einen ihrer ersten Wortmeldungen stellen sie diverse Forderungen. Von Präsident Colom verlangt die Instanz, seine Unterstützung der CICIG zu erneuern und als Zeichen dessen an seine Partei im Kongress zu appellieren, sich dafür einzusetzen, dass die Ratifizierung der Mandatsverlängerung um weitere zwei Jahre vom Parlament verabschiedet werde.

Von Generalstaatsanwalt Amílcar Velásquez Zárate fordert die *Convocatoria*, eine zügige und dringende Säuberung der Staatsanwaltschaft vorzunehmen sowie Aktionen zu unternehmen gegen RichterInnen, AnwältInnen und sonstige Gerichtsangestellten, die Gesetze verletzen oder verletzt haben. Auch gegen FunktionärInnen, die sich mit staatlichen Geldern bereichern, soll agiert werden.

Der *Oberste Gerichtshof* (CSJ) soll laut *Convocatoria* zeitnah ausstehende Prozesse, Beschwerden und Anzeigen gegen Angestellte des Justizwesens bearbeiten. Den Kongress fordert sie auf, mit nationaler Dringlichkeit die von CICIG-Leiter Carlos Castresana nahegelegten Gesetzesmodifikationen im Strafgesetzbuch vorzunehmen.

Die Bekanntgabe der *Convocatoria* und ihrer Absichten, die staatlichen Aktionen zu Gunsten der Justiz und gegen die Straflosigkeit unter Beobachtung zu nehmen, fand statt in Gegenwart zahlreicher hochrangiger Funktio-

närInnen, darunter die Vorsitzenden derjenigen Institutionen, an die die zivilgesellschaftliche Instanz ihre Forderungen stellt. Als Ehrenzeugin nahm Ewa Werner, Botschafterin von Schweden teil, die zu der vorgestellten Initiative gratulierte.

Selbst der anwesende Vizepräsident Rafael Espada gestand ein: "Es ist Zeit, dass wir uns an die Arbeit machen müssen, wir haben jetzt genug Befunde erhoben und Analysen vorgenommen."

Carlos Castresana war in der Zwischenzeit in New York, wo UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon ihm seine Unterstützung versicherte. Derweil verzeichnet die CICIG in Guatemala wesentliche Fortschritte und beschäftigt sich derzeit unter anderem mit dem Justizprozess gegen Ex-Präsident Alfonso Portillo und ehemalige Militärs und Staatsfunktionäre wegen Geldhinterziehung sowie die Aufklärung der offenbar verschleierte Ermittlungsprozesse im Mord gegen Sicherheitsberater Victor Rivera im Februar 2008.

¡Híjole...! Die monatliche Kolumne von Fernando Suazo

Gold und Wasser

Sie beide sind möglicherweise die wichtigsten Elemente der Menschheitsgeschichte. Das Wasser ist unentbehrlich für das Leben; sein Mangel bedeutet unweigerlich Durst, Hunger und Tod - alle drei in schreckenserregenden Großbuchstaben geschrieben. Deshalb teilt das Wasser mit der Erde den Platz der dringlichsten menschlichen Bedürfnisse, den Ort, wo die Körper schmerzen, wo die Narben länger leben als das Vergessen, wo das zerrissene Fleisch schreit, wo Beleidigung Wut erzeugt, wo die unbegrabenen Knochen nie ruhen... Die menschliche Nische, in der das Wasser lebt, ist jene der wahrhaften Realitäten, die mit keinem Diskurs und mit keiner Repräsentation, so erhaben sie auch seien, erreicht werden kann.

Gold kann man nicht essen, es hat keinen Wert an sich, sondern nur durch die Bedeutung, die wir ihm verleihen. Seinen Wert haben ihm die Kulturen verliehen, er ist reine Repräsentation. So kam es zum Beispiel, dass die Invasoren, als sie unser Land einnahmen, ihre Glasscherben gegen das Gold unserer Grossmütter und Grossväter eintauschten. Nicht weil diese ignorant gewesen wären, wie ich letztthin einen Lehrer zu seinen SchülerInnen sagen hörte, sondern weil das Gold in der Kultur unserer Grosseltern eine andere Bedeutung hatte: Es war Zierrat, ein Wert ohne Ertrag. Unsere Grosseltern waren nicht so verrückt, dass sie verrückt nach Profit gewesen wären.

Wie das Gold und das Wasser gab es auch schon immer zweierlei Sorten von Menschen: jene, erkrankt an alten Frustrationen, die sie bezwingen mussten, um sich als Jemand zu fühlen. Und jene, die damit in Ruhe leben konnten. Das Gold ist seit jeher Komplize der ersteren: Sie brauchten es, um sich der Illusion hingeben zu können, sie seien mehr und besser als die anderen. Denn Gold ist nur dies: ein täuschendes Metall. Ob dieser soziologischen Eigenschaft haben Wasser und Gold auf ihre Art jene zwei Grundtypen der Menschheit schon immer begleitet: jene, die auf reale Bedürfnisse reagieren, und jene, die Herrschaftsillusionen verfolgen.

Dazu ein Beispiel: Die BewohnerInnen der Region, in der das kanadische Unternehmen Montana eine Goldmine

betreibt, haben sich massiv und eindeutig in ihren Gemeindeabstimmungen gegen dieses Treiben ausgesprochen. Sie gaben zu verstehen, dass sie kein Interesse an dem lächerlichen Teil des Gewinns haben, den man ihnen verspricht, sondern dass sie nichts anderes wollen, als in Harmonie mit ihrem Wasser, ihren Bergen und ihren Wäldern zu leben. Montana solle gehe, solle aufhören, in ihrer Gegend noch mehr Zyanid-Lagunen zu fabrizieren, die pro Minute 150'000 Liter reines Wasser brauchen, gratis selbstverständlich.

Die Bäuerinnen und Bauern dieser Dörfer verteidigen die Logik des Realen, der reinen und harten Notwendigkeit. Doch die Phrasendrescher des Goldes verstehen das nicht und geben sich auch keine Mühe. Einerseits reden sie davon, dieses unwürdige eine Prozent des Gewinnabwurfs an die Gemeinden zu erhöhen, und auf der anderen Seite befürchten sie, dass diese Erhöhung die "Interessen des Staates gefährden" könnte. (Welch patriotische Hellseher, die Abgeordneten der Kommission für Energie und Minen! Wie hoch sind wohl die Beträge auf den Schecks, welche ihnen Montana unter dem Tisch zuschiebt?)

Kürzlich sagte mir eine Frau, als ein Lastwagen voll abgefülltem Wasser vorbeifuhr: "Mich hat man noch gelehrt, dass Wasser ein Segen und ein Geschenk der Mutter Erde sei (gratis, fügte ich hinzu). Weshalb kommen sie jetzt mit ihren Lastwagen und wollen uns das Wasser verkaufen?" Dies ist genau das Dilemma: Handelsware oder kostenloser Segen? Ein Dilemma, das weitere hervorruft: Phrasendrescherei oder Realismus; Herrschaft oder Harmonie; Gewalt oder Respekt. Das Gold oder das Wasser. Ist es etwa nicht die Aufgabe des Staates, das Leben und die Gesundheit seiner BürgerInnen zu schützen? Weshalb richtet man denn nicht Reinigungssysteme ein, damit wir das Wasser unserer Berge trinken können? Bezahlen wir etwa keine Steuern? Weshalb verwandeln die Unternehmer das Wasser, das allen gehört, in ihr privates Gold?

Die Phrasendrescher der Herrschenden konstruieren Diskurse und verdrehen sie nach Lust und Laune. Dasselbe machen sie mit dem, was sie

"Prinzipien und Werte" nennen, und mit der Doktrin der Menschenrechte und der Religionen. Um ihre Herrschaft zu rechtfertigen, verwechseln und verdrehen sie alles. Je mehr Verwirrung umso besser: Ihr Spielfeld ist die Verworrenheit. Und darin wickeln sie ihre Scharlatanerie ein; ihre Kunst der Mehrdeutigkeit. "Gott oder das Gold der indischen Inseln - worauf wetten wir?", fragte herausfordernd Bartolomé de las Casas.

Erst gestern, um nicht zu weit zurückgehen zu müssen, konnten wir in der Zeitung lesen, dass die Damen und Herren Putschisten in Honduras das Vaterunser und ein Avemaria beteten, während der verfassungsmässig gewählte Präsident entführt wurde, weil er von dieser "populistischen" Besessenheit befallen war, eine Volksbefragung durchführen zu wollen. Was ist das Problem: die Demokratie oder die Privilegien der Oligarchie? - Besser wir verdecken diese Frage mit einem Vaterunser und alle werden sehen, wie schön es sein wird, dachten sich wohl die honduranischen Abgeordneten.

Ich schliesse mich der Kampagne an, welche fordert, eine Strasse nach Giovanni Fratti zu benennen, der mit galliger Offenheit der bewundernswerten Journalistin Marielos Monzón gegenüber in voller Körpergrösse die Leute seiner Kaste dargestellt hat: Jene nie ausgerotteten Todesschwadronen der Partei MLN aus der Zeit der "organisierten Gewalt", jene "intellektuellen" Neoliberalen der Universität Francisco Marroquín, jene des famosen Projekts "Pro-Reforma". Fratti enthüllt uns ohne Untertreibung seinen identitätsstiftenden Slogan: "Mit Blut und Blei" - gegen jene, die sich in den Weg stellen, den Pedro de Alvarado von neuem beschreitet. Oh ja, da kann ich nur sagen: Bravo, widmet ihm eine Strasse!

Während sich die politischen Analysten darüber streiten, ob Guatemala ein gescheiterter Staat ist oder nicht, leben die Menschen weiter, Tag für Tag, Schritt für Schritt, Traum für Traum, und richten sich ein Leben ohne Staat ein, der, seit er "übernommen" wurde, ohnehin nicht mehr der ihre ist. Sie leben wie Wasser, Tropfen für Tropfen, pausenlos gehetzt von den blutrünstigen Be-soffenen des Goldes.